

Rede zum Budget 2016

Finanzreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka

(Es gilt das gesprochene Wort)

Hoher Landtag!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werte Regierungskolleginnen und Regierungskollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Wagen wir, die Dinge zu sehen, wie sie sind“, appelliert der Arzt, Philosoph und Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer. Wagen wir es, wenn wir heute über die Zukunft unseres Landes sprechen, offenen Herzens und sehen wir – mit offenen Augen – und vor allem unvoreingenommen hin auf das, was um uns herum geschieht. Die Welt ändert sich. Sie ändert sich so schnell, dass sich viele Menschen fragen, ob diese Veränderung überhaupt notwendig ist. Wenn wir nach dem „warum“ fragen, können wir Veränderung verstehen, aber nur dann, wenn wir „warum nicht“ darauf antworten, können wir Schritt halten und sogar voran schreiten. Fortschritt ist ein Schritt fort, Fortschritt ist ein Schritt weiter. Innovativ und mutig zu sein bedeutet: Einen Schritt weiter zu sein – fortgeschritten zu sein.

Vor 19 Jahren habe ich mein Budget auf einem Overhead auf Folien präsentiert, heuer mit iPad und Flatscreens – das ist zwar nur ein äußeres Zeichen für Veränderung aber gleichzeitig ein Beispiel für politische Verantwortung. Der ehemalige deutsche Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Jürgen Rüttgers hat einmal gesagt, „dass Bill Gates in seinem Land allein deshalb gescheitert wäre, weil nach der Baunutzungsordnung in einer Garage keine Fenster drin sein dürften“. Es ist also die Gesamtheit an politischen Rahmenbedingungen für das Innovationsklima in einem Land mitverantwortlich. Die Chance, die ein gutes Innovationsklima einem Gesamtstaat eröffnet, zeigt sich daran, dass wir uns in Österreich mit den Steuern einer Firma wie Microsoft die

Steuerreform zwei Mal pro Jahr leisten könnten, mit einer Firma wie Apple vier Mal pro Jahr.

Nach 19 Budgets hat man Erfahrung – Sie wissen, ich bin der längst dienende Landes-Finanzreferent – und man hat Routine – Sie wissen, kein anderes Bundesland ist so früh dran bei der Budgeterstellung. Aber: Kein Budget davor war so sehr geprägt von den Veränderungen der Zeit, der Dynamik der Entwicklung, wie dieses. Früher sagte man, ein Budget ist ein Weg, der beschritten wird. Heute ist ein Budget viel mehr ein Kompass, der eine Richtung vorgibt. Die Wege dorthin können sich jederzeit ändern und wir müssen uns jederzeit darauf einstellen können. Oder: Viele Wege, die wir 2016 gehen, die gibt es 2015 noch gar nicht.

In einer Zeit, in der Unumstößliches ins Wanken gerät und Mündel-sicheres in Frage gestellt wird, müssen wir flexibel und beweglich sein. Wer heute eine Wirtschaftsprognose unreflektiert glaubt, der kann am Ende Scherben aufklauben. Ein Budget ist kein Kontostand, ein Budget ist eine Perspektive über den Horizont der Gegenwart hinaus. Ein Budget ist ein Bild der Zukunft.

Aber bei jedem Blick in die Zeitungen, die Nachrichten, die Sozialen Medien und Internet-Blogs sehen wir nur Krisen-Bilder. Immer noch Kriegshandlungen in der Ostukraine. Für die einen ist das Weltpolitik, also weit weg, für uns ist es aber auch NÖ Wirtschaftspolitik. Genauso, wie wir uns die Weltwirtschaft als Ganzes ganz genau ansehen und beobachten. Die Wachstumsprognosen 2015 für die USA liegen bei 3,2%, für Japan bei 1,2%, für Großbritannien bei 2,9% für Russland bei -2,9% für China bei 7,1% und für die EURO-Zone bei 1,1%.

Und dann gibt es immer noch Krieg in Syrien, Konflikte in Afrika. Für die einen ist das Weltpolitik, für uns ist es aber auch NÖ Asylpolitik. Und wenn Tag für Tag hunderte Menschen nach Österreich kommen oder nach Österreich flüchten, dann ist das für uns auch NÖ Sozialpolitik. Während die EU noch Flüchtlingsströme rechnet, wird von einigen politischen Parteien im Land bereits auseinanderdividiert. Während in Washington oder Brüssel verhandelt wird, wird Traiskirchen voller und voller. Österreich hat immer Verantwortung bewiesen, nach der Ungarnkrise 1956, nach dem Prager Frühling 1968, nach dem Fall des

Eisernen Vorhangs 1989. In all den politischen Krisen rund um uns verlässt man sich auf uns – aber weil so viele zu uns kommen und nicht zu unseren Nachbarn – fühlen wir uns verlassen.

Es ist ganz schwer für alle, aber für uns im Besonderen, dass die EU erst halbfertig ist. Wir können zu Recht stolz sein, auf das Friedenssicherungsprojekt Europa – wie Hugo Portisch einst konstatierte – aber wir sind auch im Recht, wenn wir in der EU mehr Schnelligkeit in den Prozessen und mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten einfordern. Der Hang zum Zentralismus in der EU nimmt Überhand, die Probleme im Kleinen werden ignoriert, bis sie so groß sind, dass man sie kaum bewältigen kann. Das ist im Asylwesen genauso wie im Bankenwesen. Leichter und erfolgreicher ist es Probleme zu lösen, so lange sie klein sind. Und das ist ein Prinzip des Föderalismus. Für uns ist Föderalismus nicht nur ein Wort, Föderalismus ist die Antwort. Starke Regionen mit festen Bindungen zu den Bewohnern. Warum ich das alles hier aufliste? Weil es eine Rolle spielt für unsere Entwicklung, für unsere Chancen, für unser Zusammenleben.

Denn wir sehen heute auch bei uns in vielen Bereichen keine linearen Entwicklungen mehr. Lineare Entwicklungen sind verständlich, während uns viele Entwicklungen von heute verständnislos zurücklassen. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in Österreich kannte zuerst den Aufbau, dann den Aufschwung und führte dazu, dass wir aufholen konnten. Konstantes Wirtschaftswachstum machte über Jahrzehnte alles besser. Aber auf „alles bleibt besser“ folgt nunmehr „nichts bleibt wie es ist“. Wir haben also gute Gründe, uns unser Umfeld sehr genau anzuschauen. Denn da gibt es einiges, das uns ins Auge fällt und das den Menschen auch missfällt. Vor allem: Die Schlüssel der Vergangenheit passen nicht mehr auf die Schrauben, an denen wir für die Zukunft drehen müssen. Wir müssen uns nicht neu erfinden aber wir müssen neue Zugänge finden – auf allen Ebenen der Verantwortung, im Land oder in unseren Gemeinden. Eigenverantwortlich für uns persönlich, verantwortungsbewusst für unsere Zuständigkeitsbereiche.

Fragt man die Menschen, was ihre Heimat ist, kommt immer zuerst das Nächstliegende. Wir sind Niederösterreicher, noch bevor wir Österreicher sind. Und dann sind wir Europäer. Das zeigen auch die Studien der Landesakademie zur Landesentwicklung: Drei von vier Menschen in unserem Land sagen, Niederösterreich ist besser als Österreich. Aber dann sind wir noch mehr: Genauso, wie der Wiener nicht gleich Wiener ist – sondern Alsergrunder, Hietzinger, Ottakringer oder Döblinger, sind auch wir Niederösterreicher Mostviertler, Waldviertler, Weinviertler oder Industrieviertler. Wir identifizieren uns mit unserer unmittelbaren Heimat als Lebenswelt und binden uns an sie.

Es sind unsere kleinen Einheiten, die zehntausende ehrenamtliche Helfer im ganzen Land motivieren und zum Beispiel unsere flächendeckende Feuerwehr- und Rettungsversorgung erst leistbar machen. Dieses Gefühl für unsere Heimat gilt es zu festigen, gerade dann, wenn es große Erschütterungen gibt. Arbeiten in sinnvollen Einheiten, Kooperieren dort, wo es Sinn macht, das Setzen auf unsere Regionen – das alles ist kein Selbstzweck. Sondern wir wissen, dass wir unser Land nur im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln können, dass wir das Engagement der Bevölkerung brauchen, um unser Land entwickeln zu können. Ehrenamtliches Engagement nicht nur zuzulassen sondern zu unterstützen und die Bürger ermutigen, sich zu engagieren und mit den Entscheidungsträgern nah zusammenzuarbeiten, das sind wesentliche Bausteine für die Zukunft. Denn nur wenn sich unsere Bürgerinnen und Bürger einbringen, können wir unser Land weiter bringen – heute nicht nur in den Vereinen und Bewegungen sondern ebenso in den Internetforen und Social Media Communities. Das Ganze ist Niederösterreichs Identität, so wird sie klar und deutlich. Das ist Regionalismus, neu gedacht.

Warum spreche ich gegen die Tendenz zum Zentralismus? Warum plädiere ich so sehr für kleine Einheiten, für Dezentralisierung? In Österreich sehen wir ein Phänomen: Einen enormen Vertrauensverlust in große Gefüge. Die Banken sind im Verruf, während der persönliche Bankberater nach wie vor höchstes Vertrauen genießt. Genauso zählen Politiker und Gewerkschafter zu den unbeliebtesten Berufsgruppen, während der Bürgermeister oder Betriebsrat nach wie vor höchste Wertschätzung erfährt. Das Vertrauen in herkömmliche Strukturen, in

große Institutionen, in lange Gültiges schwindet zunehmend. Und klar ist: Aus einem Mangel an Vertrauen resultiert Misstrauen.

Der Zentralismus ist reduzierend, der Föderalismus motivierend und baut auf die Kraft Vieler. Die Menschen sind mit ihrer unmittelbaren Heimat verbunden und wollen deshalb bei der Arbeit für ihre Heimat auch eingebunden werden. „Small is beautiful. Es sind die Großen, die die ganz großen Probleme erzeugen, nicht die Kleinen“, brachte es der Sozialdemokrat Leopold Kohr auf den Punkt. Der vor 105 Jahren in Salzburg geborene Nationalökonom und Philosoph hat uns bereits in den 60er-Jahren aufgezeigt, dass es regionale Eigenständigkeit und persönliche Partizipation sind, die ein Land erfolgreich machen. „Before we can solve all our problems we must return to a smaller way of thinking“, hat er gefordert. Dank Kohr können wir dem übertriebenen Nationalismus den ehrlichen Regionalismus gegenüber stellen. Unser Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll kennt den Wert des Regionalismus. Er hat 208 Regionen und 114 Städte zum Schulterchluss um sich versammelt, um in der Europäischen Union klar zu machen, dass nur starke Regionen im Kleinen das festigen können, was im Großen aus den Fugen geraten ist.

Die Frage ist aber, in welche Richtung entwickelt sich unsere Form des Föderalismus. In einen Wettbewerbsföderalismus mit weitgehenden Entscheidungsspielräumen und Verantwortungsbereichen – wie in der Schweiz, wo die Kantone eigene Steuern einheben. Oder in einen Verhandlungsföderalismus bzw. kooperativen Föderalismus – wie in Deutschland, wo intensiv Entflechtung und Kompetenzorientierung diskutiert werden. Wie so oft liegt die Wahrheit bzw. das Optimum für Österreich und damit Niederösterreich in der Mitte – wir brauchen beides, mehr Wettbewerb und mehr Entflechtung. Wenn es das Land Niederösterreich gemeinsam mit den Gemeinden durch einen Kommunalgipfel, den es in dieser Form nur bei uns gibt, mit der Senkung der Sozialhilfeumlage für Gemeinden und der Streichung der Kindergartenbetreuerinnen-Förderung an die Gemeinden schaffen, Entflechtungen zu bewerkstelligen, Bund und EU nicht, dann ist das ein weiteres Argument für den Föderalismus. Deregulierungs-Mut ist in erster Linie in kleinen Einheiten zu finden – wie die Permanent-Reform in

Niederösterreich beweist – eine entsprechende Maßnahmenbilanz sucht und findet man auf Bundes- und EU-Ebene vergebens.

So gibt unser Budget für 2016 dem Föderalismus, so wie wir ihn verstehen und leben, ein Gesicht. Denn auch wenn sich die Rahmenbedingungen verändert haben – die Bedürfnisse der Menschen bleiben dieselben. Arbeit und Wirtschaft, Wohnen und Infrastruktur, Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Pflege – das sind und bleiben die zentralen Eckpunkte und Investitionsbereiche, für die wir im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unser Budget gestalten.

Der Landesvoranschlag für das nächste Jahr und das Budgetprogramm bis 2019 mussten unter sehr schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erstellt werden. Die konjunkturelle Entwicklung in Österreich verläuft sehr schleppend. Nach den jüngsten Prognosen der Wirtschaftsforscher ist, wie erwähnt, für heuer nur mit einem realen Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 0,5% zu rechnen. Für das kommende Jahr werden knapp 1,5% erwartet. Das ist weniger als im Durchschnitt der Euro-Länder. Das wirtschaftliche Wachstum in Österreich ist deutlich schwächer als in Deutschland, obwohl die Rahmenbedingungen auch für Österreich günstig wären.

Der niedrige Ölpreis und der schwache Euro im Vergleich zum US-Dollar stützen die Konjunktur. Dazu kommen 2016 noch die Auswirkungen der Tarifsenkung in der Lohn- und Einkommensteuer. Sie wird die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte brutto um rund 5,2 Mrd. Euro erhöhen, das sind rund 1,5% des nominellen BIP. Trotz des schwachen realen Wachstums ist Österreich mit einer im EU-Vergleich hohen Preissteigerungsrate konfrontiert: Der Verbraucherpreisindex wird im laufenden Jahr um 1,3% und 2016 um 1,5% zunehmen. Die nominelle Wachstumsrate, die für die Ausgaben und Einnahmen im Landeshaushalt maßgeblich ist, wird heuer um 1,9% und im nächsten Jahr um 2,7% steigen.

Die schwache Konjunktur spiegelt sich auch am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist in letzter Zeit stark angewachsen. Österreich wies lange Zeit die geringste Arbeitslosenrate aller Länder des Euro-Raumes auf. Dieser Spitzenplatz ist leider verlorengegangen. Die Arbeitslosenquote

wird heuer (nach EU-Definition) auf 5,3% steigen und 2016 trotz einer höheren Wachstumsrate auf diesem Niveau bleiben. Allerdings, und damit sind wir wieder bei den bereits erwähnten Gegensätzen, nimmt auch die Beschäftigung, trotz der Konjunkturschwäche, zu. Die Zahl der unselbständig (aktiv) Beschäftigten wird heuer um 0,5% und nächstes Jahr um 0,7% zunehmen. Die Beschäftigung erreicht damit neue Höchststände.

Die Konjunkturschwäche wird vor allem durch den privaten Konsum hervorgerufen, der heuer real um 0,4% und im nächsten Jahr, trotz der Steuersenkung, laut Wirtschaftsforscher nur um 0,9% steigt. Auch die Investitionen bleiben eher schwach (2015 +1,0%, 2016 +1,5%).

Lediglich die Exporte wachsen stärker. Sie nehmen heuer real um 2,5% und 2016 um 4% zu. Dennoch verliert Österreich international Marktanteile. Österreich muss daher international seine Konkurrenzfähigkeit wieder stärken.

Für die öffentlichen Haushalte ist die Entwicklung des Zinsniveaus von erheblicher Bedeutung. Die Zinsen bleiben weiter niedrig. Die Sekundärmarktrendite wird sowohl 2015 als auch 2016 jeweils 0,5% betragen und damit deutlich unter dem Niveau der letzten Jahre liegen. Das entlastet die öffentlichen Haushalte.

Die niederösterreichische Wirtschaft kann sich den beschriebenen Tendenzen nicht entziehen. Der hohe Anteil des industriell-gewerblichen Sektors könnte 2016 für Niederösterreich positiv wirken. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt entspricht in Niederösterreich annähernd dem österreichischen Durchschnitt, sowohl bei der Beschäftigung als auch bei der Arbeitslosigkeit.

Die öffentliche Verschuldung Österreichs liegt unter jener der 18 Euro-Staaten und damit im Mittelfeld – zeigt aber leider steigende Tendenz. Schaut man sich die öffentliche Verschuldung Österreichs laut Maastricht an, zeigt sich ein sehr klares Bild: Der Anteil des Bundes an den Gesamtschulden steigt laufend – 2010 bis 2014 um fast drei Prozentpunkte in Prozent des BIP – während der der Länder anteilmäßig sinkt und nur mehr bei 10,1 % des BIP liegt. Brüssel gibt uns vor,

dass die Maastricht-Schuld strukturell sinken muss. Nur so haben wir Gestaltungsspielraum. Das bedeutet natürlich auch für Niederösterreich klare Vorgaben, die einzuhalten sind.

Die Zeit der Veränderung führt in eine Welt der Gegensätze. Das Wachstum in Österreich für 2015 wird mit +0,5% prognostiziert, in der gesamten EU mit +1,3%. Für 2016 sind es derzeit +1,4% für Österreich und für die EU +1,9%. Jüngst hat das Schweizer Institut IMD verkündet, in Sachen Wettbewerbsfähigkeit rutsche Österreich von Platz 22 auf Platz 26 ab. Deutschland liegt auf Platz 10, China auf 22. Und gleichzeitig, haben wir in Niederösterreich einen Rekord an Betriebsansiedlungen und so viele neue EPU's wie nie davor. Im Vorjahr sind uns 112 große Betriebsansiedlungen in Niederösterreich gelungen.

Die Zahl der Beschäftigten hat sich in Niederösterreich in den letzten 20 Jahren kontinuierlich um fast 90.000 Personen erhöht. Allerdings steigt auch die Zahl der Arbeitslosen laufend. Pro Monat haben wir um rund 3.000 Beschäftigte mehr, gleichzeitig aber auch um 6.500 mehr Arbeitslose. Und auch bei den Lehrstellen zeigen sich diese Gegensätze: Derzeit oder demnächst sind 1.800 Lehrstellen frei, gleichzeitig suchen rund 1.400 junge Menschen eine Lehrstelle.

Und noch so ein scheinbarer Widerspruch, der verunsichern kann: Bei den verfügbaren Einkommen pro Einwohner lag Niederösterreich im Österreich-Ranking im Jahr 2014 erneut an der Spitze und trotzdem gibt es je nach Berechnung zwischen 150.000 und 220.000 Menschen, die als armutsgefährdet gelten. Was mich beschäftigt sind aber nicht nur Beschäftigungszahlen, sondern auch neue Modelle, um Beschäftigung für junge Menschen zu schaffen und für ältere Menschen zu sichern. Denn neben der Jugendarbeitslosigkeit ist es besonders die Altersarbeitslosigkeit, die uns vor große Herausforderungen stellt.

Und überall dort, wo es Gegensätze gibt, gibt es gegensätzliche Positionen. Zum Beispiel flammen in der Gesundheitspolitik immer wieder Vorschläge auf, kleine Landeskliniken zuzusperren. Wer so etwas fordert, dem geht es nicht um die Bedürfnisse unserer Landsleute, wer so etwas fordert, der rechnet auf Basis von Zahlenfriedhöfen vom Wiener Schreibtisch aus. Denn es sind gerade die kleinen Einheiten, die

die Patientinnen und Patienten zufrieden stellen. Bei den Patientenbefragungen in unseren Landes- und Universitätskliniken schneiden die kleineren Häuser Jahr für Jahr besser ab als die großen. Und es sind die kleinen Einheiten, die flexibel und damit kostengünstig arbeiten. Deshalb ganz klar: Ja zu einem zentralen Einkauf – das spart Geld aber auch ja zu einer flächendeckenden Versorgung – das spart Zeit. Im Gesundheitssystem gilt: Mehr Nähe statt mehr Kilometer – der Faktor Zeit ist entscheidend, besonders in Notfällen, wenn es um jede Minute geht.

Ein weiteres Beispiel ist unsere Schulstruktur. Auf der einen Seite wird von Zentralisten gefordert, wir sollen unsere Kleinschulen schließen, auf der anderen Seite wird uns eine gemeinsame Volksschulklasse für alle Jahrgänge als Bildungsrevolution verkauft. Unsere Kinder sollen lernen und nicht pendeln. Aus der Ferne und von Oben herab lassen wir uns in Niederösterreich keine Schule zusperren.

Auch in diesen gegensätzlichen Positionen bietet der Föderalismus Antworten, nämlich durch das Prinzip der Subsidiarität (von lat. subsidium „Hilfe, Reserve“). Eine bewährte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Maxime, die die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung anstrebt. Der Bund soll gemäß diesem Prinzip beim Rahmen bleiben und nicht in unser Bild patzen. Der Bund soll seinen Job machen, die Länder ihren.

Oder in den Worten Karl Poppers: „Optimismus ist Pflicht. Man muss sich auf die Dinge konzentrieren, die gemacht werden sollen und für die man verantwortlich ist“.

In diesem Zusammenhang möchte ich das NÖ Budgetprogramm skizzieren, in dem wir uns bewegen. Dieses Budgetprogramm 2015-2019 orientiert sich an den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes und ist ein jährlich rollierendes mittelfristiges Budgetprogramm, das wir regelmäßig an die tatsächlichen Zahlen anpassen müssen. Unser Ziel ist die Einhaltung der Maastricht-Salden und der strukturellen Defizite über die Programmperiode gemäß dem Stabilitätspakt, die Senkung und Haltung der administrativen Abgänge auf jenem Niveau, das die Einhaltung des Stabilitätspaktes gewährleistet sowie die Stabilisierung und Verringerung des Schuldenstandes gemäß dem

Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (dem ESVG) in Relation zum nominellen BIP.

Der Österreichische Stabilitätspakt enthält jetzt wegen der geänderten EU-Vorgaben auch für uns geänderte Vorgaben: Ab 2015 gilt es bundesweit ein strukturelles Defizit von -0,5% des nominellen BIP einzuhalten. Dieses wird in der Praxis umgerechnet auf das Maastricht-Ergebnis und aufgeteilt auf Bund und Länder. Der Aufteilungsschlüssel wird derzeit verhandelt, die im Budget angeführten Vorgaben für 2015 und 2016 stellen den vorläufigen Stand der Verhandlungen zwischen Bund und Länder da.

Unter diesen Voraussetzungen sinken die Schulden gemäß ESVG also mit allen ausgegliederten Einheiten im Verhältnis zur Entwicklung des nominellen BIP. Das Wesentliche: Niederösterreich hat die Zielwerte des Österreichischen Stabilitätspaktes in jedem Jahr der Programmperiode deutlich unterschritten. Trotz erschwelter Rahmenbedingungen wie den schon erwähnten Mindereinnahmen und der schlechten Konjunkturprognosen konnte Niederösterreich die Vorgaben der EU und Österreichs immer einhalten. Trotzdem konnten wir immer ein ausgewogenes Budget erzielen, das kontinuierlich und konsequent die Ziele der vergangenen Jahre weiterverfolgt hat, und das alles ohne schmerzhaftes Ausgabenkürzungen, wie sie in anderen Ländern regelmäßig vorgekommen sind. Darauf können wir stolz sein, meine Damen und Herren!

Das NÖ Budgetprogramm 2015 bis 2019 sieht eine Stabilisierung der Finanzschulden in Relation zum Wachstum des nominellen BIP vor. In diesem Programm verringern sich die Schulden gemäß ESVG am nominellen BIP Jahr für Jahr von 2,38% im Jahr 2015 auf 2,07% im Jahr 2019 – eine sehr erfreuliche Entwicklung, die unsere Gestaltungsmöglichkeiten stärkt.

Für die Budgeterstellung müssen wir auf die Prognosen zweier großer Institute in Österreich setzen: Auf das WIFO und das IHS, von denen wir vierteljährlich Konjunkturprognosen bekommen, die aber leider sehr oft so nicht eintreten: Bei der Erstellung des Budgets für 2014 im Frühjahr 2013 lag das prognostizierte BIP-Wachstum für 2014 bei +1,8%. Tatsächlich wuchs das BIP 2014 aber schließlich nur um magere +0,3%.

Ähnlich war es beim Budget für 2015: Die Prognosen ließen uns von einem zu erwartenden BIP-Wachstum von 1,7% ausgehen, geworden sind es aber nur +0,5%. Das macht enorme Unterschiede im tatsächlich vorhandenen Geld.

Aber nicht nur die Wirtschaftsforscher irren immer wieder. Das Finanzministerium erstellt alljährlich im Frühjahr eine Prognose über die zu erwartenden Ertragsanteile. Diese Prognose veranlasste uns im Vorjahr, 2.910 Millionen Euro in den Voranschlag für heuer zu schreiben. Im April revidierte das Ministerium diese Zahl – innerhalb eines Jahres! – um ganze 48 Millionen Euro auf 2.862 Millionen Euro.

Noch ungewisser ist die Treffsicherheit der Prognosen für das kommende Jahr: Hieß es noch im April 2014, wir werden 2016 mit 3.028 Millionen Euro an Ertragsanteilen rechnen können, wurde diese Zahl nur ein Jahr später von Seiten des Ministeriums auf 2.896 Millionen Euro revidiert – das ist eine Verschlechterung der Prognose um 132 Millionen Euro. Sie können sich vorstellen, was das für unser Land konkret bedeutet.

Kommen wir zum Thema Finanzausgleich. Der Bund hebt gemeinschaftliche Bundesabgaben für alle Gebietskörperschaften ein und verteilt diese dann auf die Länder und in weiterer Folge auf Gemeinden. Aus diesen gemeinschaftlichen Bundesabgaben finanzieren wir unsere Gebarung – unsere Kindergärten, Landeskliniken und Pflegeheime, unsere Straßen, den Breitbandausbau und auch einen Großteil unserer Wohnbauförderung. Aber wir fordern eine gerechtere Aufteilung der Ertragsanteile auf Länder und Gemeinden. Tatsache ist: Niederösterreich erhält als Land pro Kopf den zweitniedrigsten Anteil. Niederösterreich erhält zudem weniger Wohnbaugelder als andere Länder, nämlich derzeit 16,84% aller Mittel. Wir müssten 19,16% bekommen. Dagegen bekommt Wien 26,07% der Wohnbaugelder, gerecht wären 20,58%. Die NÖ Gemeinden erhalten pro Kopf nach dem Burgenland ebenfalls die zweitniedrigsten Anteile – das ist eine Unrechtssituation, die durch nichts in diesem Ausmaß gerechtfertigt ist! Insgesamt – alles zusammen – erhält NÖ vor dem Burgenland die zweitniedrigsten Mittel. Würden die Ertragsanteile an Niederösterreich im bundesweiten Schnitt verteilt, hätten wir insgesamt 300 Mio. Euro pro Jahr mehr.

Die eben genannten Zahlen resultieren aus dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel, der nach dem 2. Weltkrieg zum 1. Finanzausgleich im Jahr 1948 eingeführt wurde und Bomben- und Kriegsschäden berücksichtigte. Wer heute im Jahr 2015 mit Kriegsschäden argumentiert, ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Wer die Gelder nach Aufgaben der Länder verteilen möchte, sollte die Verfassung lesen, dort steht, dass jedes Bundesland dieselben Aufgaben zu erfüllen hat. Deshalb ist ganz klar: Jeder Bürger muss gleich viel wert sein. Bis Ende 2016 muss ein neuer Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ausverhandelt werden – diese Ungerechtigkeit muss aus dem Weg geschafft werden.

Wir haben deshalb beim IHS eine Studie beauftragt, welche die Unterschiede in den Ertragsanteilen pro Einwohner der Länder gründlich durchleuchten wird. Sie wird in Kürze vorliegen. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Mittel. Das kann nicht immer nur zu Gunsten von Wien gerechnet werden!

Länder und Gemeinden tragen zahlreiche Belastungen des Bundes mit und in diesem Zusammenhang erklärt sich auch Niederösterreich solidarisch: Bei der Steuerreform sind es für die Länder insgesamt 227,7 Millionen Euro, der Anteil Niederösterreichs macht hier 40 Millionen Euro aus. Die Gemeinden tragen zur Steuerreform fast 131 Millionen Euro bei, die NÖ Gemeinden knapp 22 Millionen Euro. Dazu kommen noch Themen wie der sogenannte Graue Finanzausgleich, also mögliche zusätzliche Kosten für NÖ, etwa bei der Ärzteausbildung, die durch das Klinisch-praktische Jahr jetzt verstärkt auch bei unseren Landes- und Universitätskliniken liegt – die aber eigentlich Bundessache ist. Ebenfalls zum Thema gehören die Anschubfinanzierungen des Bundes, die dann auf die Länder übergehen, wie etwa beim Kindergarten. Aber auch die allgemeine Stimmung schlägt sich auf das Verhältnis zwischen Bund und Land nieder, etwa beim Thema Bankgeheimnis oder Registrierkassenpflicht – das sind keine Reform-, das sind zusätzliche Regulierungsmaßnahmen. Klar ist, dass dort wo der Bund beginnt unser Land schlechter zu stellen, unsere Solidarität aufhört – Deshalb hat NÖ im Rahmen der Begutachtungsverfahren klare Worte gefunden.

Das ist aber noch lang nicht alles. Wir kommen zu einem sehr schwerwiegenden Bereich des Vertrauensverlustes, nämlich jenen, den der Bund durch das HETA-Moratorium ausgelöst hat. Robert Bosch, der Gründer der Firma Bosch, hat einmal gesagt: „Lieber Geld verlieren als Vertrauen“. Für 1,2 Milliarden Euro haften Länder bzw. Landesbanken für Anleihen der Hypo-Kärnten bzw. der HETA. Niederösterreich ist mit einem Achtel über die Pfandbriefstelle betroffen. Wir in Niederösterreich werden diese Situation gemeinsam meistern, weil wir besser vorbereitet sind und weil wir schneller reagiert haben. Unter dem Vorsitz Niederösterreichs wurde diese Krise in nur 11 Tagen gelöst. Unsere Hypo NÖ hat kürzlich ein A/A-1 Rating mit stabilem Ausblick erhalten – das beste Rating aller Landesbanken. Schwerer wiegt allerdings der Vertrauensverlust. Investoren machen einen Bogen um Österreich, höhere Kosten bei der Refinanzierung sowie höhere Aufschläge sind die Folge.

Niederösterreich hat bereits vor Jahren gefordert, dass die Haushalte der Länder, die Darstellung der Defizit- und Schuldenstände, der Haftungen und Beteiligungen, der Aktiva und Passiva in den Ländern oft unterschiedlich gehandhabt und deshalb vergleichbar werden müssen. Bei uns sind die Kosten der Krankenhäuser, unserer Landes- und Universitätskliniken, bei den Schulden des Landes Niederösterreich integriert, in anderen Ländern sind die Landeskrankenhäuser nicht im Schuldenstand enthalten, sondern in Gesellschaften ausgegliedert. Das heißt, der Schuldenstand des Landes Niederösterreich enthält die gesamte Finanzierung von 21 Kliniken, das sind 516 Mio. Euro im Rechnungsabschluss 2014. In den übrigen Ländern (mit Ausnahme Wiens) finden Sie die Krankenanstalten nicht im Rechnungsabschluss und sie scheinen daher in keiner Statistik der Landesfinanzen auf.

Wir alle kennen die unrichtigen Beurteilungsversuche unserer Leistungen im Vergleich – es werden Äpfel mit Birnen verglichen und allzu oft steckt ein Wurm drinnen. Deshalb brauchen wir eine Angleichung von Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder und Gemeinden. Wie diese zu gestalten sind, ist im aktuellen Vorschlag der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, kurz VRV, der unter Federführung Niederösterreichs erarbeitet wurde, bereits beschlussfertig.

Der Entwurf für ein integriertes Verbund-Rechnungswesen mit einem 3-Komponenten-System sieht folgende Eckpunkte vor: Ergebnisrechnung, die weitgehend der doppelten Buchhaltung entspricht, mit Aufwendungen und Erträgen, Abschreibungen und Rückstellungen. Finanzierungsrechnung: Sie entspricht der Kameralistik und enthält die Cash-Rechnung, d.h. Auszahlungen und Einzahlungen, die Operative und Investive Gebarung sowie die Finanzierungsgebarung mit Schuld-aufnahmen und Schuldentrückzahlungen. Vermögensrechnung im Rechnungsabschluss mit der Gewinn- und Verlustrechnung, mit einheitlichen Bewertungs- und Abschreibungsregeln und einer vollständiger Bilanz mit Aktiva und Passiva. Damit wären wir bereit für zukünftige Regelung der EU, für EPSAS, die European Public Sector Accounting Standards.

Ganz entscheidend ist, dass im Rahmen der VRV-Reform mit der erwähnten 3-Komponenten-Rechnung in einer Vermögensrechnung (der Bilanz also) die Aktiva und Passiva vollständig nach einheitlichen Bewertungskriterien dargestellt werden. Genau so sind die Finanzschulden des Landes gegenüber den Forderungen und dem Geldvermögen im NÖ Budgetprogramm aufgestellt. Ganz deutlich zu sehen ist dabei, dass den Schulden immer ein Vermögen gegenübersteht.

Wie steht Niederösterreich im Vergleich mit den Bundesländern da? Aus den Ländern gibt es noch keine Daten für 2014, da wie bei uns überall noch keine Beschlüsse vorliegen. Aus 2013 wissen wir, dass Niederösterreich bei den Finanzschulden pro Kopf im Mittelfeld liegt – besser als Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich und das Burgenland. Betrachtet man den Saldo aus Schulden und Forderungen samt Geldvermögen, liegen wir auf Platz 4.

Wir haben die Vorgaben des Bundes immer verlässlich eingehalten. Zu den Maastricht-Schulden gehören ja auch jene, die andere aufgenommen haben, also in unserem Fall auch die Blue Danube, in der die Schulden der Häuselbauer, die Wohnbauförderungs-Schulden geparkt sind; ebenso die Beteiligungen wie die EVN und der Flughafen und Fonds wie etwa der Schul- und Kindergartenfonds. Schaut man sich die Balkendiagramme an, sieht man ganz klar, dass unser Anteil an den Maastricht-Schulden des Gesamtstaates Jahr für Jahr sinkt, verlässlich

und konstant. Denn uns beschäftigen in diesem Zusammenhang nur die Finanzschulden des Landes, die wir zu bedienen haben.

Kommen wir nun zu den Budgetzahlen für das Jahr 2016: Das Budget 2016 sieht netto Ausgaben von 8.175 Millionen Euro vor, 92 Millionen Euro weniger als 2015. Unsere Stabilitätsvorgaben für 2016 gemäß Maastricht-Neu lauten -107 Millionen Euro, wir unterschreiten diese Vorgabe mit -79,6 Mio. Euro deutlich und erreichen damit einen strukturellen Überschuss. Der administrative Netto-Abgang wird anders als in den Jahren davor auf Grund unseres Erfolges nicht aus den Mitteln der Veranlagung ausgeglichen. Lassen Sie mich das an einem Beispiel aus der Wirtschaft erklären: Die Firma Apple hat ein aktuelles Barvermögen von 193 Milliarden Dollar und hat trotzdem vor einigen Tagen eine Yen-Anleihe von rund 2 Milliarden Dollar platziert – weil es unterm Strich auf Grund der derzeitigen Zinslage billiger und besser für das Unternehmen ist. So lange die Erträge unserer NÖ Veranlagung höher sind, als die Zinsen für unsere Schulden, werden wir daran auch nichts ändern.

Damit beträgt die ausschließliche Finanzschuld des Landes im Vorschlag des Landes für das Jahr 2016 dann 3.666 Milliarden Euro oder pro Kopf 2.255 Euro. Dem gegenüber steht ein Finanzvermögen von 5.696 Milliarden Euro, umgerechnet 3.505 Euro pro Kopf. Macht Ende 2016 ein Plus von 1.250 Euro pro Kopf. Und um wie viel besser stünden wir noch da, würden wir vom Bund aus den Ertragsanteilen gleich viel Geld bekommen, wie andere.

Unser Vorteil: Wir schaffen es aus Eigenleistung – denn wenn wir uns auf andere verlassen, sind wir verlassen. Niederösterreich und Tirol sind nach den schwierigen Wirtschaftsjahren der Finanzkrise die einzigen Länder, die ihre Finanzschulden senken konnten – weil wir in den letzten Jahren Geld aus der Veranlagung entnehmen konnten. Aus der Veranlagung, für die wir so heftig kritisiert wurden – gut, dass wir uns lieber an harten Zahlen orientieren und uns weniger über harte Worte ärgern. Noch besser, weil sich unsere Kontoauszüge erfreulicher lesen als manche Schlagzeile.

Wir konnten die Verzinsung für unser Budget positiv nutzen. Dass sich unsere Zahlen trotz all der Belastungen rundherum so gut entwickelt haben und entwickeln werden liegt auch daran, dass wir unsere zukunftsorientierte Veranlagung haben – unseren Generationenfonds. Die Performance im laufenden Geschäftsjahr liegt bei 4,3%. Gerade in Zeiten wie diesen ist das ein herausragender Wert. In Summe haben wir mit der Veranlagung einen Erfolg von 1,133 Mrd. Euro erwirtschaftet, 2,6 Milliarden Euro liegen noch in der Veranlagung, risikoavers, wie wir es im Landtag beschlossen haben. Das ist unser blau-gelbes NÖ Sparbuch, das schwarze Zahlen schreibt. Das ist unser Zukunftskapital, das uns Luft, Spielräume und Optionen verschafft, um die uns andere Bundesländer – und der Bund – nur beneiden können.

Klar ist, würde der Bund so haushalten wie die Länder, würden wir jede Krise ohne Probleme aushalten. Vergleichen wir den öffentlichen Schuldenstand in Österreich laut den letzten Zahlen der Statistik Austria, so zeigt sich sehr klar: 88% der Schulden, und zwar 244 Milliarden Euro, macht der Bund. Länder und Gemeinden zusammen nur 12%. Und das obwohl der Bund 67% Finanzverantwortung trägt, Länder und Gemeinden 33%.

Tatsache ist, dass Niederösterreich im Wirkungsbereich des Bundes viel finanziert, wie der Landesrechnungshof bestätigt: „In den Jahren 2005 bis 2010 wickelte das Land NÖ ein Gebarungsvolumen in Höhe von insgesamt rund 1.143 Millionen Euro für 40 Projekten bzw. Maßnahmen im Wirkungsbereich des Bundes ab. Die finanziellen Beiträge des Landes NÖ flossen überwiegend in die Bereiche Bildung und Wissenschaft (28 Prozent), Verkehr (51 Prozent) sowie Innere Ordnung und Sicherheit (14 Prozent). Damit unterstützte das Land NÖ im Einklang mit dem NÖ Landesentwicklungskonzept auch die Erreichung gesamtstaatlicher Ziele Österreichs, wie etwa die in der EU vereinbarte Steigerung der Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (F&E-Quote).“

Und der Rechnungshof fordert: „Das Land NÖ sollte weiterhin auf den im Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Ersatz dieser Kosten durch den Bund hinwirken.“ Auch in den Folgejahren leistete das Land diese Finanzierungen für den Bund, vor allem für universitäre Einrichtungen.

Das Land ist also in vielerlei Hinsicht ein wichtiger und verlässlicher Partner des Bundes, nicht zuletzt, wenn es darum geht, vom Bund implementierte Projekte wie die Nachmittagsbetreuung zu übernehmen und dann langfristig – gemeinsam mit den Gemeinden – weiter zu finanzieren.

Die Effizienz zeigt sich bei den Vergleichszahlen der Verwaltung zwischen Bund und Land, laut Bundesrechnungshof. Denn die Länder können wesentlich kostengünstiger verwalten als der Bund: Bei 100 Euro KMU-Förderung kostet die Abwicklung durch den Bund 15 Euro, durch die Länder nur 3,8 Euro. Zentral gesteuert heißt also auch überteuert. Frei nach Leopold Kohr: „Small ist nicht nur beautiful, small ist auch successful“.

Eine noch deutlichere Sprache spricht ein Vergleich der Verwaltungskosten in der Schweiz und in Österreich, Länder, die mit 8,1 zu 8,5 Millionen Einwohnern durchaus vergleichbar sind: In der Schweiz machen die Verwaltungskosten für 26 Kantone, 148 Bezirke und 2.408 Gemeinden 12,6 Prozent des BIP aus, in Österreich bei neun Bundesländern, 80 Bezirken und 2.354 Gemeinden hingegen 17,5 Prozent. Da haben wir also durchaus noch Spielraum beim Einsparen von Verwaltungskosten. Dass Zentralismus alles andere als billiger ist, zeigen übrigens die Verwaltungskosten in Dänemark: Nur 5,6 Millionen Einwohner und überhaupt nur 98 Gemeinden und sonst keine dazwischen liegenden Strukturen. Dort kostet die Verwaltung fast 30 Prozent des BIP, also das Doppelte im Vergleich zur Schweiz und Österreich.

Ich darf die Gelegenheit nützen und etwas über unsere eigenen Verwaltungskosten hier in Niederösterreich berichten: Die Personalkosten des Landes gehen heute zu 47 Prozent in den Gesundheits- und Sozialbereich und nur zu 12 Prozent in die Hoheitsverwaltung. Wir haben seit der Übersiedelung der Landesverwaltung von Wien nach St. Pölten 22 Abteilungen und eine Gruppe aufgelöst und auf Fachbereiche konzentriert, wir haben zum Beispiel die Güterwegeabteilung und die Agrarbezirksbehörden zusammengeführt, was uns 1,6 Millionen Euro pro Jahr erspart. Gleichzeitig haben wir dank der Strukturreform Außenstellen auflösen können und damit Verkaufserlöse von 7 Millionen Euro

erzielt und sparen Mietkosten von 300.000 Euro pro Jahr. Wir haben 15 Abteilungen zu fünf Bereichen zusammengeführt und erste „One-Stop-Shops“ eingerichtet, ebenso Bürgerbüros und Anlagen-Abteilungen. Insgesamt haben wir 1.300 Dienstposten in der Hoheitsverwaltung eingespart. Der Erfolg gibt uns Recht! 98% der Bürgerinnen und Bürger sind mit der Landesverwaltung zufrieden. Sowohl für die Pensionsreform 2006 als auch für die Besoldungsreform 2006 wurden wir mehrfach vom Rechnungshof gelobt.

Mit dem Spitalsärztegesetz 2012, mit dem wir die EU-Arbeitszeitregelung bereits lange vor der Zeit erfüllt haben, während andere Bundesländer noch heute tief in Auseinandersetzungen verstrickt sind, geben wir jährlich um 22 Millionen Euro mehr für kürzere Arbeitszeiten aus. Und wir haben seit der Übernahme der Landeskliniken 500 Ärzte zusätzlich eingestellt – das ist bestens investiertes Geld. Generell sparen wir im kostenintensiven Spitalsbereich jährlich derzeit trotzdem 150 Millionen Euro ein – weil wir u.a. durch einen gemeinsamen Einkauf Synergien heben ohne die Qualität zu senken. Wir schrumpfen Ausgaben gesund ohne uns krank zu sparen.

Bei uns gibt es keine erzwungenen Zusammenlegungen von Gemeinden – wozu auch! Es geht nicht um die Zahl der Gemeinden sondern um die bestmögliche Servicierung der Bürgerinnen und Bürger. Gemeinden stiften Identität, das eigene Wappen, der eigene Namen, all das spielt für viele Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Rolle. Deshalb unterstützen wir unsere Gemeinden nach besten Kräften und aus tiefster Überzeugung. Denn die Gemeinde ist die direkte Lebenswelt jeder Bürgerin und jedes Bürgers. Hier kennt man sich, hier ist man zu Hause. Deshalb unterstützen wir beispielsweise das Programm „Gesunde Gemeinde“, das in den Gemeinden Gesundheitsangebote vor der Haustür entwickelt und anbietet. Aber das nur am Rande.

Unsere Gemeinden sind wichtige Motoren der Wirtschaft: In den Gemeinden wurden 2014 laut Gemeindeförderungsbericht insgesamt 657 Millionen Euro investiert, das sind pro Kopf 404 Euro, die vor allem in den Straßenbau, aber auch in Feuerwehren und Amtshäuser investiert wurden. Niederösterreich liegt damit österreichweit gut: Nur in Vorarlberg

und Tirol haben die Gemeinden noch mehr pro Kopf investiert, in allen anderen Bundesländern ein bisschen bis deutlich weniger.

Was uns in Niederösterreich in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden wichtig ist: Große Achtung vor dem, was die Gemeinden für sich selbst als richtig und gut erkennen und erachten. Gemeinden wissen selbst, was ihre Gemeinschaft braucht. Deshalb haben wir in unserer Landesverfassung ein klares Signal dafür gesetzt: keine Zwangszusammenlegungen von Gemeinden! Denn hier heißt es: „Änderungen im Bestand der Gemeinden bedürfen übereinstimmender Gemeinderatsbeschlüsse in jeder der betroffenen Gemeinden.“ Das ist für uns ein deutliches Bekenntnis gegen den Zentralismus und für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Für uns gilt: Zusammen leben statt zusammenlegen!

Wir in Niederösterreich setzen viel mehr auf die Zusammenarbeit der Gemeinden und unterstützen sie dabei, sinnvoll zu kooperieren und damit auch beträchtliche Ressourcen zu sparen. Wir haben so in Niederösterreich mittlerweile 630 Gemeindeverbände. Die Hälfte davon sind Schulverbände, es gibt 70 Musikschulverbände, 54 Abwasserverbände, 15 Abfallverbände, 12 Wasserversorgungsverbände und so weiter. Und wir haben 126 Landesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände. Das ist neu, früher waren es 252 Verbände. Die Zahl wurde halbiert, um effizienter zu sein. Dahinter steckt jede Menge Arbeit. Die Gemeinden haben nämlich oft darüber geklagt, dass diese früher je 126 unabhängig voneinander geführten Landesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände einen so hohen Verwaltungsaufwand bedeuten. Einige Gesetzesnovellen waren nötig, aber jetzt gibt es Einsparungen von rund 250.000 Euro pro Jahr – und ohne Nachteil für die Bürgerinnen und Bürger: Die Halbierung der Verbände spart Doppelgleisigkeiten in der Verbandsorganisation, halbiert die Zahl der Organe, Sitzungen, Voranschläge und Rechnungsabschlüsse, reduziert den Aufwand der Aufsichtsbehörden und spart Zeit und Kosten bei Ausbildungszeiten und Prüfungen.

Dieser Weg wird aber auch noch weiter zu gehen sein, denn noch sind Effizienzen zu heben und die Effektivität zu steigern – etwa in der Abgabeneinhebung. In diesem Bereich haben wir im Bezirk Melk bereits

eine Verbandslösung für alle 40 Gemeinden und konnten dadurch die Effektivität verdoppeln. Das lohnt sich also, sehr geehrte Abgeordnete, und ich ersuche Sie daher, die Gemeinden in Ihrem Bezirk zu ermutigen zusammenzuarbeiten – das Land fördert diese Zusammenarbeit durch Geld und Wissen.

Wir in Niederösterreich haben nicht nur eine positive Einstellung zu Veränderungen, sondern auch einen echten Reform-Mut. Eine große schmerzliche Reform ist nämlich nur dann notwendig, wenn viele verträgliche Reformen nicht gemacht wurden. Der beste Beweis für unseren Deregulierungs-Mut ist unsere Permanent-Reform.

Lassen Sie mich nur zu den einzelnen Budgetschwerpunkten einige wenige Stichworte sagen – denn die Details wurden in den vergangenen Jahren professionell und intensiv von den Abgeordneten im Rahmen der Budget-Debatte behandelt. Wichtig ist, dass wir trotz der schwierigen Ausgangslage kontinuierlich an unserer Linie festhalten: Für Gesundheit, Spitäler und Soziales stehen 49% des Ausgabenvolumens zur Verfügung.

Zum Thema Arbeit und Wirtschaft: Wir unterstützen die NÖ Wirtschaft gemäß unserer „Wirtschaftsstrategie Niederösterreich 2020“, indem wir Unternehmen in ihrem nachhaltigen Wachstum und ihren Internationalisierungsaktivitäten unterstützen, etwa durch Finanzierungshilfen und Förderungen, Forschung und Entwicklung unterstützen um Innovationspotenzial zu stärken, Gründungen mit Wachstumsdynamik, etwa im technologieorientierten Bereich stärken und uns darum kümmern, dass Niederösterreich als Standort attraktiv ist und bleibt. Ein wesentlicher Faktor ist auch der Tourismus, in den wir weiterhin investieren, indem wir unserer Tourismusstrategie Niederösterreich 2020 folgen um nicht zuletzt die Zahl der Nächtigungen weiter wachsen zu lassen.

Kommen wir zum Arbeitsmarkt, auf dem wir einerseits Rekordbeschäftigung haben, andererseits eine steigende Arbeitslosigkeit verzeichnen. Die Studie „Arbeitsland Niederösterreich“ hat uns deutlich gezeigt, dass wir die Individualität der Bürger stärker berücksichtigen müssen, beste Voraussetzungen für lebensbegleitendes Lernen

brauchen, die Regionalität unserer Maßnahmen präzisieren müssen und unsere Angebote flexibler gestalten müssen. Unsere Strategie umfasst, aufbauend auf diesen Erkenntnissen, drei Bereiche: Junge Menschen in Ausbildung und Beschäftigung bringen – Beschäftigte, vor allem ältere Beschäftigte, im Berufsleben zu halten – Arbeitssuchende und -ferne in die Beschäftigung zurückzubringen.

Hier investieren wir in vielfältiger Weise, etwa in den NÖ Tag der Weiterbildung im Herbst, um jungen Menschen aufzuzeigen, wo ihre Chancen liegen, in verschiedene Modelle für Jugendliche und in den Ausbau zwischenbetrieblicher Lehrwerkstätten. Bei den Älteren haben wir die NÖ Bildungsförderung neu ausgerichtet und achten gezielt auf regionale Bedürfnisse. So ist das Geld viel wirkungsvoller investiert. Und bei den Arbeitssuchenden gibt es verschiedene wirksame Projekte wie den EPU-Assistenten. Wir legen auch großen Wert darauf, Arbeitnehmer auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu unterstützen. Und wir wollen uns verstärkt um Förderungen der EU kümmern.

Dazu kommen all die Investitionen, die das Land Niederösterreich tätigt und die sich auf den Arbeitsmarkt auswirken – im Wohnbau, in den Landeskliniken, in den Wissenschaftsstandort und in den Straßenbau und auch in den Breitbandausbau, um nur einige wichtige Bereiche zu nennen.

Thema Landwirtschaft: Das Programm Ländliche Entwicklung ist die zweite Säule der gemeinsamen Agrarpolitik – gemeinsam finanziert von EU, Bund und Ländern. Für unser Land besonders wichtig sind die Flächenprämien an die Landwirte im Rahmen des ÖPUL, die Direktzahlungen für Bergbauern und benachteiligte Gebiete sowie Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit unserer Land- und Forstwirte. Mit ergänzenden nationalen Maßnahmen wollen wir die professionelle Produktion unserer Bauern stärken und sichern, die flächendeckende Bewirtschaftung unseres Landes erhalten und die Erzeugung und Vermarktung regionaler Lebensmittel unterstützen. Denn gerade sie sind ein wichtiger Faktor für eine gesundheitsfördernde Versorgung unserer Bevölkerung, für „So schmeckt Niederösterreich“ und nicht zuletzt für den Tourismus.

Forschung und Entwicklung sind wesentliche Treiber für den Wirtschafts- und Zukunftsstandort Niederösterreich! Deshalb investieren wir entschieden in Wissenschaft und Forschung. Seit zwei Jahren arbeitet zum Beispiel die Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften. Wir investieren generell in Wissenschaft und Forschung an den Wissenschafts-Standorten in Krems, Tulln, Wieselburg, Klosterneuburg und Wiener Neustadt. Wir fördern Grundlagenforschung und angewandte Forschung ausgewogen. Wir verstärken Kooperationen mit der Wirtschaft um den Wirtschaftsstandort zu sichern: Der Bereich Wissenschaft löst jährlich 1 Milliarde Euro an direkten und indirekten Ausgaben aus und sorgt für 600 Millionen Euro zusätzliche Wertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen. Die Förderung der Wissenschaft bringt hochwertige krisensichere Arbeitsplätze – derzeit haben wir 11.500 derartige Arbeitsplätze in allen Wirtschaftsbereichen geschaffen! Seit 20 Jahren arbeiten wir intensiv daran, Niederösterreich zu einem führenden Standort für Wissenschaft und Forschung zu machen und Wissenschaftlern und Forschern optimale Rahmenbedingungen zu bieten. Unser Ziel ist, in den kommenden zehn Jahren die Zahl der Wissenschaftler und Forscher in Niederösterreich von 7.000 auf 14.000 zu verdoppeln. Wir investieren in die Wissenschaft und Forschung, weil wir einen Spitzenplatz im Kontext der europäischen Regionen anstreben.

Im Bereich Bildung gäbe es viel zu berichten, hier nur ein paar Stichpunkte: Wichtig sind unsere Kindergärten mit all ihren Programmen, die erste Bildungseinrichtung im Leben der Menschen. Das Landes-schulwesen werden wir stärker bündeln. Wir brauchen dringend aus gesundheitlichen Gründen fünf Bewegungsstunden pro Woche an unseren Schulen. Im Bereich Kreativität ist es uns ein großes Anliegen, die Musikschulen langfristig zu Kunstschulen auszubauen. Auch die Begabtenförderung bauen wir aus. Wir brauchen die Kreativität unserer Kinder. Und wir müssen die außerschulischen Angebote stärken. Denn Köpfe und da vor allem helle und führende Köpfe sind es, die das „Pro-Kopf-Einkommen“ von allen wachsen lassen. Vielleicht gelingt es uns einen Bill Gates, einen Steve Jobs zu fördern und hervorzubringen. Mobilität beginnt im Kopf und darf nicht in einer Sackgasse enden. Wenn wir wollen, dass Daten statt Menschen pendeln, wenn wir wissen, dass der Arbeitsplatz der Zukunft kein Schreibtisch ist, sondern dort, wo Arbeit

Ihren Platz hat, dann haben wir die besten Rahmenbedingungen dafür zu schaffen!

Thema Wohnen: 71% der Niederösterreicher leben im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung – in Wien sind es nur knapp 20%. Die NÖ Wohnbauförderung ist Lebens-, Wirtschafts- und Umweltförderung. Wir investieren in bedarfsgerechte Wohnungen, in eine flächendeckende Wohnversorgung und in die soziale Absicherung. In der strategischen Umsetzung bedeutet das: Bedarfsgerechte Wohnungen zu unterstützen, etwa Junges Wohnen, Betreutes Wohnen, Wohnen mit Handicap, die Ortskernsanierung zu unterstützen und uns auf junge Familien zu konzentrieren. Für die flächendeckende Wohnversorgung arbeiten wir intensiv mit den Gemeinden zusammen und investieren verstärkt auf Gemeindegrund. Für die soziale Absicherung der Menschen helfen wir dort, wo es eng wird durch Delogierungs-Prävention und Wohnassistenz und wir überarbeiten den Wohnzuschuss, damit er optimal wirkt. Das nachhaltige und ressourcenschonende wie natürliche Bauen mit Holz werden wir künftig noch stärker unterstützen. Wir sind beim Bauen auf dem Holzweg – und in dem Fall ist der haargenau der richtige!

Im öffentlichen Verkehr liegt ein weiterer wichtiger Faktor für unser Bundesland. Busverkehr stützen, die Bahnhofsoffensive, der Ausbau der Park&Ride-Plätze und zahlreiche Investitionen im Bereich der NÖVOG sowie gemeinsam mit den ÖBB unterstützen nicht zuletzt die Pendler in unserem Land.

Das Thema Umweltschutz: gerade weil es nicht an Landesgrenzen endet, ist es so wichtig für unser Land. Ein paar Stichworte: Der NÖ Emissionskataster entsteht, das NÖ Heizkesselcasting ist eine enorm erfolgreiche Aktion, die uns beim Senken der Emissionen unterstützt und ebenso beim Einsparen von CO₂. Das Netzwerk zur Überwachung der Luftgüte mit seinen 43 fixen Stationen hilft uns, die Umweltsituation im Blick zu behalten. Wir investieren natürlich auch weiterhin in den Naturschutz. Und – gerade jetzt ist es uns ein besonders Anliegen – bei der Atomkraft halten wir konsequent und entschlossen unseren Kurs: Ein klares Nein!

Wir haben den Bereich Kultur bereits gestreift. Denn der Mensch lebt ja nicht vom Brot allein. Deshalb, aber auch für den Tourismus und für die Kreativität unsere Bevölkerung ist es wichtig, in Kunst und Kultur zu investieren. Hier hat Niederösterreich enorme Erfolge vorzuweisen, was uns wiederum als Wirtschaftsstandort stärkt. Kultur bietet Arbeit für viele und schafft Werte für alle. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen sind enorm: 12.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt werden jährlich durch unser Kulturangebot geschaffen. Die Kulturförderung des Landes löst jährlich 1 Milliarde Euro an direkten und indirekten Ausgaben aus. Der Kulturtourismus bringt weitere 200 Millionen. Sie alle kennen die großen und kleinen Zugpferde, die ich hier gar nicht alle aufzählen kann, vom Theatersommer bis zu Grafenegg, vom Landesmuseum bis zur Kunstmeile Krems. Niederösterreich ist und bleibt ein Kulturland durch und durch, unzählige Klein- und Kleinstprojekte engagierter Künstlerinnen und Künstler machen uns zu einem reichen und sehens- wie hörens-werten Land. Dazu zählen auch viele Impulse der direkten und indirekten Landes-Kulturpflege wie die Dorf- und Stadterneuerung. Wichtige Zukunftsprojekte sind das Museum Niederösterreich als „Haus der Geschichte“, ein Zubau am Landesmuseum einerseits und andererseits die „Galerie Niederösterreich“ als Erweiterung der Kunstmeile Krems.

Last but not least: Gesundheit und Soziales ist der größte Bereich in unserem Budget. Wir hören immer wieder viel Lob, wie tatkräftig und direkt wir die Menschen unterstützen: die Förderungen für die 24-Stunden-Betreuung zum Beispiel überweisen wir so rasch wie nirgendwo sonst in Österreich! Das ist uns auch wichtig, denn sämtliche Investitionen im Bereich Gesundheit und Soziales stehen immer unter einem entscheidenden Aspekt: Dort helfen, wo wir am dringendsten gebraucht werden. Und wer schnell hilft, hilft doppelt!

Sie erleben es natürlich in Ihrer täglichen politischen Arbeit: Der Gesundheits- und Sozialfonds NÖGUS ist ein wichtiger Treiber in der Gesundheitspolitik und -Reform. Auch wenn sich, wie erwähnt, von Seiten des Bundes nichts bewegt, wir bleiben dran für eine maßgeschneiderte Gesundheitsversorgung für unser Land.

Um nur ganz wenige wichtige Stichpunkte zu erwähnen: 144 Notruf Niederösterreich ist bereit, das TEWEB zur breiten Gesundheits-

information der Bevölkerung zusätzlich zu übernehmen – ein wichtiger Meilenstein um unsere Spitalsambulanzen zu entlasten!

Die Initiative „Tut gut“ hat mit VorsorgeAktiv ein Programm in die breite Bevölkerung und viele Gemeinden gebracht, das Menschen nachweislich wirksam dabei unterstützt, sich einen gesünderen Lebensstil anzugewöhnen.

Die NÖ Landeskliniken-Holding schafft es auch nach zehn Jahren noch immer, Synergieeffekte aus dem Zusammenschluss aller Kliniken unter dem Dach der Holding zu generieren. Die Qualitätslinie der Landeskliniken-Holding stimmt, jüngstes Beispiel ist das Onkologie-Informationssystem OIS, mit dem die Holding wieder einmal Österreich-Vorreiter ist. Sie wissen, hier könnte ich noch endlos fortfahren. Nur ein paar wenige Punkte noch: Denken Sie an die Pensionisten- und Pflegeheime, die Familienförderungen, die Mobilen Dienste – unser Land lebt davon, dass wir alles tun für einen menschengerechten Platz zum Leben. Und dass es ein gesundes und langes Leben in einem lebenswerten Niederösterreich ist!

Dieses Budget zu erstellen war für uns alle eine besondere Herausforderung. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen in der Regierung herzlich dafür, dass sie die herausfordernden Vorgaben mit viel Disziplin und Konsequenz erfüllt haben. Denn zu Beginn unserer Verhandlungen lagen die Erwartungen noch weit über den endgültigen Zahlen.

Die Qualität unserer Budgetpolitik und aller Finanzunterlagen aus dem Amt der NÖ Landesregierung erfährt immer wieder Lob. Dies verdanken wir nicht zuletzt dem hochqualifizierten Team in unserer Finanzabteilung unter Leitung von HR Dr. Reinhard Meißl und Budgetdirektor Rudolf Stöckelmayer. Die exzellenten Beamten der Abteilung waren heuer besonders gefordert, verlässlich und lösungsorientiert zu arbeiten, um dieses hochkomplexe Zahlenwerk so verlässlich wie immer zu erstellen, trotz all der Änderungen, die derzeit in ihrem Umfeld in Diskussion und Umsetzung sind. Danke.

Gerade in diesen schwierigen und unsicheren Zeiten brauchen wir eine klare Perspektive und ein entschlossenes Vorgehen. Wir brauchen Stabilität und Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger und wir müssen uns Spielräume offen halten, um flexibel agieren und rasch reagieren zu können.

Das geht nicht mit dem Rücken zur Wand. Dazu braucht es den Blick ins Land. Und weit nach vorne. Jedes Budget ist in Zahlen gegossene Zukunfts-Politik. Jedes Budget ist ein Kind seiner Zeit. Und Kinder tun nicht immer, was sich die Eltern wünschen. Es geht nicht nur um Soll und Haben, auch um Dürfen und Müssen, um Wollen und Können.

Als politische Verantwortungsträger haben wir die Auswirkungen unserer Handlungen zu verantworten - für sich selbst aber vor allem vor unseren Landsleuten. Und auch wenn wir über Zahlen reden, dürfen wir nicht vergessen, es geht um Menschen.

Um noch einmal den Philosophen Sir Karl Popper zu zitieren: „Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muss sein: Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.“ In diesem Sinne: Übernehmen Sie Ihre Verantwortung in der Diskussion heute und morgen.

Wir haben gemeinsam schon viel bewegt, haben neue Wege gefunden, niederösterreichische Wege. Stabile Wege. Wege, die den Menschen in unserem Land Sicherheit und Perspektive geben, Vertrauen und Selbstvertrauen. Lassen Sie uns diese Wege weiterhin gemeinsam suchen und beschreiten, mit dem Budget als Kompass. Fordernde Wege, steile Wege, unvorhersehbare Wege. Wie eingangs erwähnt: Viele Wege, die wir morgen beschreiten müssen, gibt es heute noch gar nicht – aber: Fußspuren hinterlässt man nur auf Wegen, auf denen noch niemand zuvor unterwegs war.

Welche Wege wir auch gehen – eines bleibt, unsere Einstellung: Mutig bei Gabelungen, ausdauernd bei Steigungen, besonnen abwärts – aber in jedem Fall konsequent vorwärts in Richtung Zukunft – für unser Land Niederösterreich, für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher.